

AWO | FFM

Zeitung

AWO FFM
Zeitung

02.17

Gelebte Demokratie

SOZIAL & POLITISCH

„Mehr Demokratie wagen“ oder
„Demokratie als Wagnis“?
Demokratie lebt vom
Mitmachen und der Teilhabe
„Ich bin in der AWO, weil ...“
Sophie Ennenbach:
Ein Leben für Demokratie
und Sozialismus

WAS WIR BIETEN

Motor der Mitarbeiter-Interessen
2 Die Basis spricht mit
Jugendarbeit im virtuellen Zeitalter
3 Beratung und Begleitung von
Neuzugewanderten
3 Rückblick auf eine Dekade
AWO Jugendarbeit
4 Demokratie von klein auf

MITGLIEDERVERBAND

6 Herausforderungen einer dynamischen
6 Stadt. Im Gespräch mit Ursula Busch. 5
7 Für ein frei bestimmtes Leben im Alter 9
AWO Ortsverein Bornheim:
7 Seit über 30 Jahren Ort für Integration 10
8 **ENGAGEMENT**
9
AWO FFM sagt Dankeschön! 11
Stiftung MitMenschen der PSD Bank
Hessen-Thüringen eG 11
K12: Offener Raum für freie Gestaltung 12

Jede
Menge
Leben

„Mehr Demokratie wagen“ oder „Demokratie als Wagnis“?

POPULISMUS ALS HERAUSFORDERUNG FÜR EINE FREIHEITLICHE GESELLSCHAFT

Bei den alten Römern war es noch einfach und klar, wenn sie sagten „Vox populi – Vox dei“ (Die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes). Die Bedeutung dieses Zitats, wonach das, was das Volk – oder seine Mehrheit – will, jeweils das Richtige ist, wirft historisch und heutzutage einige Fragen auf.



Dr. Jürgen G. Richter, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e.V.

Der Blick in die deutsche Geschichte, aber auch die heutige Bilanz von Mehrheitsentscheidungen – denken wir an den Brexit, an Frau Szydlo, an Herrn Orban, Herrn Putin, Frau LePen oder Herrn Erdogan – fällt in dieser Hinsicht keineswegs überzeugend aus. Wir lernen, dass solche Entscheidungen nicht nur auf sachlichen Informationen oder wertorientierten Erwägungen beruhen, sondern durch die Mobilisierung von Ängsten und Ressentiments manipulierbar sind.

Häufig bedienen sich Antidemokraten dabei der Strukturen der Demokratie, um dieselbe auszuhöhlen und letztlich abzuschaffen. Herr Mursi in Ägypten und die Mullahs im Iran wurden irgendwann gewählt und machten sich sogleich daran, die eigene Abwählbarkeit abzuschaffen. Herr Erdogan ist auf dem besten Wege, dieses ebenfalls zu erreichen. In einzelnen Ortschaften und Regionen in Deutschland sind xenophobe, homophobe und antisemitische Positionen längst nicht mehr geächtet, sondern scheinen teilweise mehrheitsfähig zu werden.

GEMEINWOHL VERSUS EINZELINTERESSEN

Wie sollten Demokraten mit solchen Phänomenen umgehen? Der französische Staatsphilosoph Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) hat schon im Jahr 1762 in seinem Werk „Du contract social ou principes du droit politique“ (Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des politischen Rechts) dieses Problem behandelt. Er unterschied zwischen dem „Volonté générale“, dem gemeinwohlorientierten „allgemeinen Willen“, den alle Bürger hätten, wenn sie vollständig informiert wären und von höchster Vernunft geleitet würden und dem „Volonté de tous“, dem „Willen aller“, der Ausdruck der Summe egoistischer Einzelinteressen, bei Ausblendung von Vernunft und wohl auch Wertorientierung, sei.

Wenn nun Menschen mehrheitlich Rassisten, Antidemokraten oder ähnliche Gestalten wählen, wäre in diesem Sinne der „Volonté de tous“ zum Zuge gekommen. Folgt man Rousseau fehlte solchen Wählerinnen und Wählern eigentlich die Reife, überhaupt an der politischen Willensbildung teilzunehmen, denn nur

die Träger des „Volonté générale“ sorgen für den Fortbestand eines freiheitlichen Staatswesens.

KEINE HERRSCHAFT DER ELITEN

Nun haben sich in der Geschichte immer wieder solche, die das „gemeine Volk“ zur politischen Partizipation schlichtweg für „zu blöd“ hielten, gerne auf Rousseau berufen. Sie erklärten sich, der Einfachheit halber, zu Trägern des „Volonté générale“, den sie zu definieren sich anmaßen. Die Herrschaft einer solchen selbst definierten Elite ist aber der Kern eines neuen Despotismus, der sich der Abwählbarkeit, unter Berufung auf die Demokratie, entziehen will.

„Neben einer breiten Bewegung für ein einiges Europa der Demokratie und der Menschenrechte, braucht es das Engagement jedes und jeder Einzelnen.“

Dr. Jürgen G. Richter

Wie aber lösen wir nun das Dilemma, das aus diesen Überlegungen resultiert? Wollen wir zur Verteidigung der Demokratie gegen ihre Feinde dieselbe kurzerhand abschaffen, was letztlich den ultimativen Sieg der Antidemokraten bedeutete?

KAMPF UM DIE KÖPFE UND HERZEN DER MENSCHEN

Das wollen wir sicherlich nicht! Aber wir haben eine verbindliche Definition des „Volonté générale“ in unserem Grundgesetz. Hierfür brauchen wir keine „Leitkultur“, sondern politische Bildung und einen offensiven Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen.

Gerade wir als Arbeiterwohlfahrt, als Zusammenschluss von Menschen, die gegen soziale Ungleichheit, mangelnde Partizipation und Ausgrenzung von Schwächeren, auf Selbsthilfe, Solidarität und Demokratie gesetzt haben, sind gefordert der Mehrheitsfähigkeit freiheitsfeindlicher und Ressentiment-geladener Positionen offensiv entgegenzutreten.

ROBUSTER UMGANG MIT DEN FEINDEN DER FREIHEIT

Die besten Chancen hierfür hat man, bevor es Populisten und Volksverhetzern gelingt, Mehrheiten für ihre Positionen zu gewinnen. Neben dieser dringend benötigten, breiten Bewegung für ein einiges Europa der Demokratie und der Menschenrechte, braucht es das Engagement jedes und jeder Einzelnen. Und wir brauchen einen robusten Umgang mit den Feinden der Freiheit. Wenn das Bundesverfassungsgericht zwar einerseits die Verfassungswidrigkeit der Neonazi-Partei NPD feststellt, aber andererseits wegen der politischen Bedeutungslosigkeit dieser kriminellen Vereinigung ein Verbot ablehnt, fragt es sich doch, ob wir darauf warten wollen, dass solche Positionen womöglich mehrheitsfähig werden.

Wir jedenfalls wollen nicht abwarten und die menschen- und freiheitsfeindliche Ideologie von NPD, AfD und auch aus der Mitte unserer Gesellschaft zu bekämpfen und zu verhindern, dass, im Rousseau'schen Sinne, ein „Volonté de tous“ entsteht, der sich irgendwann, wie von 1933-1945 geschehen, zum „Volonté générale“ erklären kann.

Dr. Jürgen G. Richter



**SIE MÖCHTEN
UNSERE ARBEIT
UNTERSTÜTZEN?
DAS AWO
SPENDENKONTO:**

AWO Kreisverband
Frankfurt am Main e.V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE38 5005 0201 0000 0262 29
BIC: HELADEF1822

Johanna-Kirchner-Stiftung
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE84 5005 0201 0000 9929 76
BIC: HELADEF1822



**Physio? Ergo?
Therapeutikum!**

Wir kommen
auch zu Ihnen
nach Hause:
069-24240692
Anruf genügt.

Unsere Praxis bietet Ihnen
Physio- & Ergotherapie
• Rückenschule
• Progressive Muskelentspannung
• Personal-Training
• Kinästhetik
• Massagen
• Kurse (Zumba, Yoga, u.v.m.)

Alle Kassen und Privat

© www.vonwegen.de, Foto: jacoblund / istockphoto.com

Therapeutikum der Johanna-Kirchner-Stiftung . Henschelstr. 11 . 60314 Frankfurt am Main
Tel.: 069/24240692 . Mobil: 0177/8066836 . Fax: 069/24240994 . E-Mail: therapeutikum@awo-frankfurt.de

Demokratie lebt vom Mitmachen und der Teilhabe

Was für eine Zeit, in der wir leben: Brexit, Trump, Wilders, Le Pen ... – eine Zeitenwende, einige sprechen sogar schon von einem Epochenwandel. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Welt aus den Fugen gerät.

Aber wir erleben auch eine andere Seite, ein Aufbegehren der Menschen, die für die Demokratie, für die Idee Europas auf die Straße gehen. Die Initiative „Pulse of Europe“, die in Frankfurt ihren Anfang nahm, zeigt, dass Demokratie den Menschen nicht egal ist. Haben wir also eine Renaissance des demokratischen Gedankens? Ist unsere Demokratie durch Populisten in Gefahr?

Dennoch gibt es auch Befürchtungen und Vorurteile, von denen viele für die Menschen real sind, aber unbegründet. Das Märchen von der Bevorzugung anderer muss aufgeklärt werden. Es gibt keine Bevorzugung von Gruppen wie Zugewanderten und Geflüchteten. Dennoch hält sich diese „fake news“. Warum? Es liegt vor allem an einem sehr eingeschränkten Zugang zu Information und der (leider) ungeprüften Übernahme von Gerüchten als Fakten.

Die AWO hat sich immer darauf verstanden, den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Das heißt zunächst, dass wir den Zugang zur Bildung für alle erreichen wollen – durch unsere eigenen Einrichtungen, wie den Kindertagesstätten oder der Schulsozialarbeit, aber auch auf politischer Ebene bei der Durchsetzung gleicher Bildungschancen für alle.

Für den Zugang zu Informationen bedeutet das, dass wir informieren, klare Haltung zeigen und gegen Gerüchte und Vorurteile ankämpfen. Und das werden wir auch bei den immer wieder aufkommenden Gerüchten tun: selbstbewusst und klar. Das ist auch unsere Forderung an alle Demokraten: Es mag manchmal lästig sein, sich in Diskussionen zu begeben und für Positionen zu

streiten. Aber Schweigen und Relativieren stärkt diejenigen, die Gerüchte aufbringen. Nein, Gerüchten muss frühzeitig entgegengetreten werden, damit sie sich nicht verbreiten. Auch das ist Aufgabe der solidarischen Stadtgesellschaft.

Teilhabe erreicht man auch nur, wenn man sich auf einer Ebene verständigen kann. Auch hier kämpfen wir, um durch gute Bildung für Kinder und Jugendliche Sprachbarrieren nieder zu reißen. Hier ist ehrenamtliches Engagement, wie etwa bei den Lesechaches, eine wichtige Aufgabe, um die Kinder zu begleiten und zu fördern.

Gelebte Teilhabe braucht einen freien Zugang und Mobilität. Eingeschränkte Mobilität kann auch den Zugang zur Teilhabe einschränken. Damit die Menschen an ihren demokratischen Rechten teilhaben können, braucht es nach unserer Auffassung einen unbeschränkten

Zugang zum Nahverkehr. Ist diese Mobilität nicht gesichert, ist auch die demokratische Teilhabe nicht gesichert. Dafür müssen wir uns gemeinsam einsetzen. Gerade in einer Großstadt wie Frankfurt muss das möglich sein.

Demokratie ist kein Selbstzweck, sie muss verteidigt und Teilhabe ermöglicht werden. Das ist eine Aufgabe der solidarischen Stadtgesellschaft und eine Aufgabe der AWO!

Ansgar Dittmar

Typische Merkmale einer modernen Demokratie sind freie Wahlen, das Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung, Schutz der Grundrechte und Bürgerrechte sowie die Achtung der Menschenrechte. Eben diese werden von den Populisten infrage gestellt – also doch eine Gefahr? Und was kann man dem entgegenzusetzen?

Demokratie lebt vom Mitmachen und von der Teilhabe – genau das sind die Wege der AWO. Nur wer in der Lage ist, an Entscheidungsprozessen teilzuhaben, kann auch mitmachen. Dazu bedarf es des Zugangs durch Bildung, durch Sprache und Mobilität.

Dabei ist auf einen niedrigschwelligen Zugang zu achten. Gerade die Digitalisierung kann zu einem erschwerten Zugang zur Teilhabe führen, wenn etwa alle Information nur noch online erhältlich ist. Das muss verhindert werden.

Die AWO steht mit ihren Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz seit jeher für eine aktive Teilhabe, für demokratische Werte. Die AWO Frankfurt hat diese Grundwerte mit dem Projekt der solidarischen Stadtgesellschaft mit Leben gefüllt – und diese funktioniert, wie wir im vergangenen Jahr beim Zuzug Geflüchteter in die Stadt sehen konnten. Die umfangreiche ehrenamtliche Hilfe und die Hilfe der Hauptamtlichen, die viel Zeit ehrenamtlich investierten, war ein sichtbares Zeichen gelebter Solidarität und gelebter Demokratie. Die Menschen haben sich eingebracht.

„Demokratie ist kein Selbstzweck, sie muss verteidigt und Teilhabe ermöglicht werden. Das ist eine Aufgabe der solidarischen Stadtgesellschaft und eine Aufgabe der AWO!“

Ansgar Dittmar

„Ich bin in der AWO, weil ...“

... sie mein Arbeitgeber ist, das ist ganz klar. Ich identifiziere mich mit den Zielen der AWO. Als professioneller Anbieter im sozialen Bereich und als Verband setzt sie sich dafür ein, dass alle die gleichen Chancen bekommen. Das halte ich für ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen.“

Diesem Prinzip ist Wolfgang Juhl als Leiter der Personalabteilung 42 Dienstjahre lang treu geblieben. 1975 startete er beim AWO Bezirksverband Hessen Süd und wechselte 1993 in die Geschäftsstelle des AWO Kreisverbands Frankfurt. Juhl zeichnete für die korrekte Ausführung aller Entgeltabrechnungen und die termingerechte Auszahlung der Gehälter verantwortlich. Mit Fortbildungen versetzte er sein Team fachlich in die Lage, die komplexen und sich stets ändernden tariflichen sowie gesetzlichen Vorgaben kompetent anzuwenden. Als Schnittstelle zu den Führungskräften legte Wolfgang Juhl den Fokus auf Kompetenzen in Fragen arbeits- und tarifrechtlicher Anforderungen.



Wolfgang Juhl

„Demokratie bedeutet für mich, dass man seine Meinung frei einbringen kann, dass sie wahrgenommen wird und man über unterschiedliche Standpunkte diskutieren kann.“

Wolfgang Juhl

Bei unserem Gespräch Mitte März ist Wolfgang Juhl gerade im Endspurt, Ende des Monats geht er in den vorgezogenen Ruhestand – ein großer Schritt: „Ich kann mir noch gar nicht vorstellen, dass ich die ganze Arbeit hier zurück lasse.“ Die Übergabe beschäftigt ihn gerade sehr, wenngleich er sein Aufgabengebiet bei seinem Nachfolger und derzeitigen Stellvertreter, Roland Jahn, in guten Händen weiß. Immerhin haben die beiden rund 25 Jahre zusammen gearbeitet. Mit seinem Chef, Dr. Jürgen Richter, hat er fast genauso lange zusammen gewirkt: „Wir waren nicht immer einer Meinung, haben aber einen sehr regen Austausch gepflegt und konstruktiv ein gemeinsames Ziel verfolgt.“

Die Kollegialität im Team, in dem man sich immer gegenseitig unterstützt hat, und das gute Verhältnis zur Geschäftsführung haben Wolfgang Juhl seine Arbeit auch in schwierigen Zeiten erleichtert. Im Laufe seiner Dienstzeit ist die AWO stark expandiert, was die Personalabteilung im Positiven teils sehr gefordert hat. Schwierig waren die vergangenen drei Jahre, in denen sich die AWO von drei Altenhilfezentren trennte. Hier musste für alle Mitarbeiter anhand von Sozialplänen eine gute Lösung für ihre weitere berufliche Laufbahn gefunden werden.

Trotz aller Turbulenzen sagt der berufene Personaler: „Ich habe meine Arbeit immer gerne gemacht, es war nie langweilig. Es hat mir Spaß gemacht zu sehen, wenn die Mitarbeiter und die Zentrums- und Abteilungsleitungen zufrieden sind. Und das ist uns unterm Strich immer gut gelungen.“

„Ich gehe mit einem weinenden und mit einem lachenden Auge“, sagt Wolfgang Juhl. Er weiß, die AWO und seine Kollegen werden ihm fehlen. „Ich brauche erst einmal Abstand, um mich in den Urlaub auf Dauer einzufinden“, meint er mit einem nachdenklichen Lächeln im Gesicht. Sein lachendes Auge freut sich auf mehr Zeit mit seiner Frau und auf seine eigene Werkstatt, in der er mit Leidenschaft an Motorrad-Oldtimern schraubt – aktuell an einer Maschine Baujahr 1928. Die ein oder andere längere Motorradtour hat er auch schon im Sinn. Wenn er in seinem neuen Lebensabschnitt gut angekommen ist kann sich Wolfgang Juhl vorstellen, dass ihn die eine oder andere Tour auch zum Ortsverein Sachsenhausen führt, dem er als Mitglied angehört. Insgesamt blickt Wolfgang Juhl auf fast 30 Jahre AWO Mitgliedschaft zurück.

Martina Scheer

Ein Leben für Demokratie und Sozialismus



„Die rote Geranie will ich wohl pflegen!“, kommentierte die alte Sophie Ennenbach ein spezielles Blumengeschenk. Was hat das für eine Geschichte?

Am 2. April 1879 in Daun (Eifel) als Tochter des Gerichtsvollziehers und Schreibers Friedrich Schlösinger und seiner Frau Anna geboren, wuchs Sophie mit ihren fünf Geschwistern in Wehen im Taunus in sehr einfachen Verhältnissen auf. Die Familie verzog 1894 nach Frankfurt, wo Sophie als Haus- und Kindermädchen „in Stellung“ ging. Dort war sie mehrfach sexuellen Nachstellungen der Hausherrn ausgesetzt, wurde unterbezahlt und unzureichend ernährt.

Sie wechselte in die Fabrikarbeit und erfuhr dort durch einen Kollegen die erste Politisierung. Er gab ihr Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ und die „Volksstimme“ zu lesen. Abends absolvierte sie eine Haushaltungsschule. Ein Selbststudium in Stenografie und Schreibmaschine brachte ihr eine Bürostelle in einer Schleifmittelfabrik ein. Im Dezember 1900 heiratete Sophie den Schlosser Peter Ennenbach. 1903 wurde ihre Tochter Anna, 1904 der Sohn Peter geboren, der schon nach drei Wochen starb, und 1907 folgte Rose.

FRANKFURTER SPD-DELEGIERTE

Sophie Ennenbach wirkte im Ausschuss für Volksvorlesungen mit, lernte hier Henriette Fürth kennen. Am 1. Mai 1909 wurde sie SPD-Mitglied, saß nach kurzem im Kreisvorstand und nahm 1911 als Frankfurter Delegierte am Jenaer Parteitag teil. Sie hörte dort die Reden von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, August Bebel, Luise Zietz und Karl Liebknecht. Sie selbst sprach auf der anschließenden Frauenkonferenz; dies mündete in die Mitarbeit in der Zeitschrift „Gleichheit“. 1911 organisierte sie den ersten Internationalen Frauentag, und im selben Jahr wurde sie wieder berufstätig, als Halbtagsgeschäftsführerin im Verband der Hausangestellten, wo auch ihre Mitstreiterin Johanna Tesch maßgeblich aktiv war.

Im Frühjahr 1914 beendete Sophie Ennenbach ihre schwierige, quälende Ehe und lebte mit ihren Töchtern und ihrer Mutter zusammen. Nach Kriegsausbruch hatte sie im Ausschuss der Städtischen Arbeitsvermittlung alle Hände voll zu tun, zumal unter Kriegsbedingungen die bislang errungenen gewerkschaftlichen Rechte bedroht waren.

ÜBERZEUGTE KRIEGSGEGNERIN

Den Ersten Weltkrieg begrüßte sie nicht, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der Sozialdemokraten. In Sophies Heim verlas Toni Sender vor einem kleinen Kreis das Berner Manifest der Internationalen Frauenkonferenz in Bern mit der Distanzierung vom Krieg. Diese beiden prominenten Frankfurter SPD-Frauen schlossen sich 1917 der USPD an. Beruflich war sie mittlerweile Leiterin der weiblichen Abteilung des Arbeitsamtes Frankfurt, politisch fand sie sich beim Kapp-Putsch als eine von drei Rednerinnen eingesetzt.

AWO FRAU UND ENGAGIERT IM KINDERSCHUTZ

In den Jahren der Weimarer Republik war sie insbesondere für die Kinderschutz-Kommission der SPD und in der Arbeiterwohlfahrt aktiv, z. B. in der Jugendwohlfahrts-Deputation. Die AWO Frankfurt delegierte sie zur Reichskonferenz 1929. Sophie Ennenbach nahm 1922 an einem Kurs der als „Frauenseminar für soziale Berufsarbeit“ gegründeten Wohlfahrtsschule für Hessen und Nassau teil, wo auch später ihre Tochter Rose ausgebildet wurde.

Beide erfuhren 1933 Berufsverbot durch die Nazis; Sophie war eine der ersten, die dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in Frankfurt zum Opfer fielen. Sie und ihre Familienmitglieder erlebten die Verfolgung und Demütigung von jüdischen und regimiekritischen Freunden und Verwandten sowie zahlreiche Suizide angesichts des Terrors.

Der Zweite Weltkrieg verschlug sie nach Berlin, zu ihrer Tochter Rose und deren Mann Bodo Schlösinger. Die beiden wurden Mitglieder der „Rote Kapelle“ genannten Widerstandsgruppe gegen Hitler. Sophie musste erfahren, dass ihre Tochter, inzwischen selbst Mutter eines kleinen Mädchens, verhaftet und wie zahlreiche weitere Mitglieder dieser Gruppe in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde.

AKTIV BEIM AUFBAU DES SOZIALISMUS

Das Kriegsende erlebte sie im Raum Berlin und zog dann nach Luckenwalde, wo sie – mittlerweile 67-jährig – im reorganisierten Arbeitsamt 1946 noch einmal aktiv wurde. Sie beschloss, nicht mehr in den Westen zurückzukehren, sondern am Aufbau des Sozialismus im anderen deutschen Staat mitzuwirken, und sie engagierte sich für die Gruppe der Verfolgten des Naziregimes, die VVN, sowie in der SED. Ihr wurde zu einem Geburtstag eine Topfgeranie, stellvertretend für die gerade nicht verfügbare sozialistische rote Nelke, geschenkt, die sie wie eingangs erwähnt kommentierte.

Sophie Ennenbach starb 1962 in einem „Feierabendheim“ (Altersheim) nahe Berlin, geehrt und geliebt auch von einer jüngeren Generation für ihre Menschlichkeit, ihre Geradlinigkeit und ihr nimmermüdes Engagement für ihre Mitmenschen.

Ein mittlerweile fast 92 Jahre alter Luckenwalder, Dr. Herber Fiedler, erinnert sich noch heute bewegt an sie mit den Worten: „Ich kam 1949 nach fünfjähriger Kriegsgefangenschaft mit 23 Jahren zurück nach Jüterbog. Und was nun? ... da hatte ich großes Glück, da war die Sophie. Ich habe sie als grauhaarige und politisch sehr engagierte alte Dame in bildhafter Erinnerung. Und sie war besorgt um mich..., (so) dass ich als Jugendvertreter bei der Kreisverwaltung Luckenwalde als Sachbearbeiter für Jugendförderung und Jugendgerichtshilfe meine erste Aufgabe erhielt... – sie war einer der ersten Menschen, die sich um mich kümmerten.“

Hanna Eckhardt

Sophie Ennenbach mit ihrer Tochter Rose. Quelle: privat

LESETIPPS

SOPHIE ENNENBACH
unveröffentlichte Biografie,
Institut für Stadtgeschichte
(auf Anfrage)

und in

JAN VON TROTT:
65 Jahre Sozialarbeit in Frankfurt / Geschichte der Frankfurter Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt a. M. 1984

ECKHARDT, HANNA UND DIETER:
„Ich bin radical bis auf die Knochen“, Meta Quarck-Hammerschlag. Eine Biografie. Frankfurt am Main 2016

HERAUSGEBER:

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband
Frankfurt am Main e. V.
Henschelstraße 11
60314 Frankfurt am Main
Tel.: 069/298901-0
Fax: 069/298901-10
info@awo-frankfurt.de
www.awo-frankfurt.de
Ansgar Dittmar, Vorstand
Dr. Jürgen G. Richter, Geschäftsführer
Verantwortlich i. S. d. Pressegesetzes:
Henning Hoffmann

REDAKTION:

Martina Scheer,
Kommunikationsberatung
Tel.: 06181/9883-144
kontakt@martina-scheer.de

KONZEPT & GESTALTUNG:

VON WEGEN Kommunikationsagentur,
Frankfurt am Main
Tel.: 069/94419836

FUNDRAISING & ANZEIGEN:

Christiane Sattler
christiane.sattler@awo-frankfurt.de
Tel.: 069/298901-46
Fax: 069/298901-10

FOTOS:

www.axelhess.com, Martina Scheer,
Elisa Valeva, AWO Archiv, iStockphoto.com, flickr.com, u.v.m.

Die AWO Zeitung erscheint vierteljährlich und ist ein kostenloser Informationsservice der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e.V. Nachdruck oder Veröffentlichung ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. Einsender von Briefen und Manuskripten erklären sich mit der redaktionellen Bearbeitung einverstanden. Einzelne Beiträge müssen nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wiedergeben. Der Herausgeber haftet nicht für unverlangte Einsendungen.

Herausforderungen einer dynamischen Stadt



Ursula Busch, Fraktionsvorsitzende der SPD im Römer und engagierte AWO Frau, bezieht Stellung zu Themen der Stadtpolitik.

Als Geschäftsführerin und Fraktionsvorsitzende der SPD im Römer zählt Ursula Busch zu den politischen Persönlichkeiten, die heute maßgeblich die Frankfurter Stadtgesellschaft gestalten. Schon im Alter von 17 Jahren trat Ursula Busch der AWO bei – kurz bevor sie ihr SPD-Parteibuch erwarb. Seit 2001 ist sie Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Im Vorstand des AWO Ortsvereins Hausen, dem die sozialdemokratisch aktive Familie Busch angehört, engagiert sich Ursula Busch seit fast 30 Jahren als Schriftführerin. Bevor sie ins politische Hauptamt wechselte, stellte die Sozial-Betriebswirtin ihre Arbeit in den Dienst des AWO Kreisverbands Wiesbaden.

Rund ein Jahr nach dem Regierungswechsel im Römer sprach die AWO Zeitung mit Ursula Busch über drängende Themen der Stadtpolitik.

Laut aktuellen Prognosen ist bis 2030 mit einem Zuzug von 90.000 Neu-Frankfurtern zu rechnen. Schon heute können sich dank Rekord-Mieten viele Berufsgruppen keine Wohnung in Frankfurt leisten. Wie steht es um den sozialen Wohnungsbau?

URSULA BUSCH: Mit Mike Josef stellen wir in der SPD den Planungsdezernenten – und er hat gleich losgelegt. In harten Verhandlungen setzt er in der Tat einen Anteil von mindestens 30 Prozent gefördertem Wohnraum bei neuen Bau-Projekten durch und er hat bei bereits laufenden Projekten kräftig nachverhandelt. Außerdem hat Mike Josef den Beschluss der Mietpreisbremse für Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG vorangetrieben. Schon im Juli 2016 wurde nicht nur die Quote für geförderten Wohnraum bei Neubauten der städtischen Wohnungsgesellschaft ABG Holding auf 40 Prozent erhöht, sondern auch eine Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen auf fünf Prozent in fünf Jahren festgeschrieben. Die stabilen Mietpreise der ABG haben einen dämpfenden Einfluss auf den gesamten Frankfurter Mietpiegel.

Damit, und mit dem forcierten Ankauf von Belegrechten für Wohnungen haben wir aber in den nächsten Jahren das Problem noch nicht gelöst. Das muss man ehrlich zugeben: Der Mangel an Sozialwohnungen ist auch durch eine langfristig verfehlte Bundespolitik zu einem Riesenproblem geworden, das kann man nicht in einer Legislaturperiode aufholen.

Was plant die schwarz-rot-grüne Koalition für die Schaffung von Wohnraum?

URSULA BUSCH: Wir werden nicht umhinkommen, neue Baugebiete zu suchen und auszuweisen – eine schwierige Sache. Für die Bebauung des Pfingstbergs haben wir in der Koalition leider kein Übereinkommen erzielt, wir als SPD möchten das aber nicht aufgeben.

Außerdem ist Oberbürgermeister Peter Feldmann im Umland schon sehr aktiv geworden. Leider gibt es hier eine lange Tradition der mangelhaften Zusammenarbeit. Die Kommunikationswege mussten erst wieder geöffnet und verbessert werden. Mit dem Umland ist nun gemeinsam über Entwicklungen von Bauland und Siedlungen nachzudenken, hier sind wir auf einem guten Weg. So halte ich beispielsweise die aktuelle Entwicklung einer stärkeren Kooperation in Richtung Offenbach für sehr positiv.

Damit wir nicht in Pendlerströmen ersticken, brauchen wir noch bessere Verkehrswege, etwa durch den geplanten Bau der nordmainischen S-Bahn oder der Regionaltangente West. Hier ist Verkehrsdezernent Klaus Oesterling sehr rege und wir sind zuversichtlich, dass er Erfolg haben wird.

Im Ernst-May-Viertel wurde der Bau von rund 4.000 Wohnungen beschlossen, was mit einem Verlust an Grünflächen und vielen Protesten einhergeht ...

URSULA BUSCH: Das kann ich gut verstehen. Die Bebauung von freien Flächen zur Nachverdichtung bedeutet einen individuellen Einschnitt für die Anwohnerinnen und Anwohner und stößt natürlich nicht auf ungeteilte Begeisterung. Aber am Ende müssen wir das Interesse vieler und nicht nur einiger beachten. Mike Josef ist deswegen immer wieder in offenen Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern und wir haben mit den Koalitionspartnern eine Lösung erarbeitet, die viel Grün erhält, ohne die Zahl der entstehenden Wohnungen spürbar zu reduzieren.

Bis 2018 gibt die Stadt Frankfurt 150 Millionen für Schulsanierungen aus. Bei etlichen Projekten kommt es aber zu Verzögerungen.

URSULA BUSCH: Bei Lehrerinnen und Lehrern, Schülern und Schülerinnen sowie Eltern herrscht natürlich Ungeduld. Durch den während vieler Jahre grüner

Bildungsdezernentinnen verursachten Sanierungsstau haben wir aktuell eine Trichterwirkung – alles ballt sich vor dem Durchgang. Manche Schulen müssen kernsaniert werden. In anderen müssen Kunsträume, der naturwissenschaftliche Bereich oder Cafeterien modernisiert werden. Es ist eine riesige Herausforderung, das individuell zu ermitteln und dann zeitnah umzusetzen. Hier müssen wir alle Geduld mitbringen.

Außerdem können bestehende Schulen nicht beliebig ausgeweitet werden, weil angrenzende Flächen nicht frei sind. Aber ich gebe zu bedenken: Als ich vor über 10 Jahren Stadtverordnete wurde, ist uns die drohende „Überalterung“ der Stadt vorhergesagt worden. Jetzt leben hier wieder zunehmend Kinder und Jugendliche, darüber sollten wir uns freuen. Ganz nach dem AWO-Spruch: Kinder sind unsere Zukunft.

„Wenn ich mir anschau, wie viele junge Leute sich in Frankfurt in verschiedensten Organisationen und auch für demokratische Ziele engagieren, bin ich sehr zuversichtlich, dass die gelebte Demokratie in der Stadtgesellschaft Bestand haben wird.“

Ursula Busch

Durch die wachsenden Schülerzahlen muss die Stadt Frankfurt binnen kurzem viele neue Schulen bauen. Wie soll das gelingen?

URSULA BUSCH: Koalitionsübergreifend haben wir das neue Amt für Bauen und Immobilien (ABI) geschaffen, das den Bau und Betrieb von Schulen zentral organisiert. Stadtrat Jan Schneider und unsere Bildungsdezernentin, Sylvia Weber, arbeiten Hand in Hand. Davon versprechen wir uns mehr Effizienz und eine schnellere Umsetzung. Das Amt muss allerdings noch um das nötige Fachpersonal aufgestockt werden.

Für die wohnortnahe Schulversorgung sind wir in Neubaugebieten dabei, die Infrastruktur gleich mit zu planen. Das betrifft neben den Schulen auch Kitas und andere soziale Einrichtungen. Für das Ernst-May-Viertel denken wir beispielsweise über den Bau einer Grundschule und einer weiterführenden Schule nach.

Die Schule gleich um die Ecke ist nicht so leicht zu planen. Die vielen Familien, die nach Frankfurt kommen, ziehen nicht gleichmäßig verteilt in alle Stadtteile, das müssen wir berücksichtigen. Beispielsweise am Riedberg bräuchte man für die vielen zugezogenen Familien mehr Schulen. Außerdem müssen wir 10 bis 20 Jahre weiter denken, wenn sich durch den Generationenwechsel die Strukturen wieder ändern. Frankfurts Stadtteile sind sehr unterschiedlich geprägt, das macht die Planung nicht leichter, aber sehr interessant!

Die Stadt hat viel Geld in den Ausbau der Kitas investiert. Wie steht es um die Betreuungsqualität?

URSULA BUSCH: Im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden haben wir in Frankfurt insgesamt eine sehr hohe Qualität in der Betreuung. Wir haben eine großzügige Raumausstattung, einen guten Personalschlüssel und für die Förderung von Sonderprogrammen nimmt die Stadt Frankfurt eine ganze Menge Geld in die Hand. In Bereichen, in denen sehr viele Kinder aus Flüchtlingsfamilien sind, gibt es zusätzliche Sprachförderung, um die Grundlagen für den Bildungserfolg so früh wie möglich zu legen. Und die Stadt kann sich glücklich schätzen, in den freien Trägern sehr verlässliche und gute Partner in der sozialen Arbeit zu haben. Das weiß man im Römer parteiübergreifend zu schätzen.

Ein Problem der Kitas ist der Mangel an Fachpersonal. Was die Bezahlung betrifft, ist diese in Relation zu den hohen Lebenshaltungskosten in Frankfurt nicht eben üppig. So treffen wir auch dabei wieder auf das Problem des bezahlbaren Wohnraums.

Wie schaffen wir es, die rund 5.000 in Frankfurt lebenden Flüchtlinge zu integrieren?

URSULA BUSCH: Wir alle haben ein großes Interesse, dass sich die Menschen, die hier leben, in die Stadtgesellschaft einbringen. Einbindung, auch in den Arbeitsmarkt, ist eine ganz wichtige Voraussetzung für Integration. Dass Menschen mit Wohnraum versorgt werden und mit dem, was sie zum täglichen Leben brauchen, damit ist es ja noch nicht getan. Damit sind sie hier noch nicht angekommen.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt stehen wir vor großen Herausforderungen. Zusätzlich zu Bundes- und Landesprogrammen wird sich die Stadt auch hierbei besonders engagieren. Im aktuellen Haushalt sind schon zusätzliche Mittel dafür vorgesehen, dass geflüchtete Menschen stärker beruflich gefördert werden. Auch Programme für spezielle Gruppen wie Frauen und junge Menschen sind geplant. Bestimmt werden einige von ihnen auch in der sozialen Arbeit und als Beschäftigte bei der AWO ankommen.

Es gibt schon gute Kooperationsmodelle mit der IHK. Mein Eindruck ist, dass immer mehr Unternehmen eine Chance darin sehen, Geflüchtete zu beschäftigen. Gerade Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen denken schon in diese Richtung. Gut – denn eine so große Aufgabe wie die Integration in unsere Stadtgesellschaft können wir nur alle gemeinsam bewältigen.

Das Interview mit Ursula Busch führte Martina Scheer

Motor der Mitarbeiter-Interessen

Seit ihrer Gründung vor nahezu 100 Jahren steht die AWO für Werte wie Solidarität, Chancengleichheit und Partizipation. So ist es nur konsequent, dass bei der AWO FFM auch ein starker Betriebsrat Tradition hat. Sein Selbstverständnis: Mit offenem Ohr für die Interessen aller Kollegen als Motor betriebliche Neuerungen mit zu gestalten.

Die AWO Zeitung besuchte die wöchentliche Sitzung des neunköpfigen Kreisverbands-Betriebsrats, der die Vielfalt der sozialen Angebote abbildet – von den Kitas über Jugendeinrichtungen bis hin zu den sozialen Diensten für Senioren. Nicht zu vergessen: die AWO Geschäftsstelle, die Quartiersmanagements und die Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen.

TARIFTREUE MIT TRADITION

Die Betriebsratsvorsitzende des Kreisverbands und ver.di-Vertrauensfrau Christiane Heinz berichtet von der bundesweiten ver.di Tarifkonferenz AWO Anfang März in Berlin, bei der alle „Ver.dianer“ von AWO Untergliederungen vertreten waren. „Die Tariflandschaft der AWO im Bundesgebiet stellt sich wie eine Mondlandschaft mit vielen dunklen Kratern dar“, schildert sie bildhaft. „Der AWO Bezirksverband Hessen-Süd und die AWO Kreisverbände Frankfurt und Wiesbaden wurden als Leuchttürme, die Licht ins Dunkel bringen, hervorgehoben.“

Der Grund: Sie wenden den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) voll umfänglich an, was heutzutage eine große Ausnahme darstelle. Bei vielen AWO Untergliederungen seien zahlreiche nicht tarifvertraglich vereinbarte Absenkungen

festzustellen oder sie wendeten gar keine Tarifverträge mehr an.

IM VISIER: UNBEFRISTETE ARBEITSVERTRÄGE FÜR ALLE

Stolz ist das Betriebsrats-Team darauf, dass es ihm nach langwierigen Verhandlungen gelang, dass jetzt alle Fachkräfte der 17 AWO Kitas von Anfang an einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhalten. „Unser erklärtes Ziel ist es, dass künftig alle Arbeitsverträge unter dem Dach der AWO unbefristet geschlossen werden“, erklärt Christoph Opitz, Stellvertretender Vorsitzender und ver.di-Vertrauensmann. „Als Betriebsrat können wir solche Themen aktiv mitgestalten, das ist uns sehr wichtig“, ergänzt Hanna Bagus, Betriebsrätin und ver.di-Vertrauensfrau.

FORTBILDUNGEN FÜR EINE GUTE POSITION AM MARKT

„Aktuell liegt uns die Führungskräfteentwicklung besonders am Herzen, hier müssen wir gemeinsam mit der AWO schauen, dass wir am Markt eine wettbewerbsfähige Position einnehmen um Fachpersonal nicht nur zugewinnen, sondern auch zu halten“, sagt Christiane Heinz. „Wir wissen, dass hier alle ein gutes Betriebsklima wollen. Die Führungskräfte sind gut ausgebildete Fachkräfte, viele kommen aus unseren

„Demokratie bedeutet für mich als Gewerkschafterin, mich mit und für KollegInnen zu engagieren und unsere Arbeitsbedingungen aktiv mit zu kreieren.“

Christiane Heinz



Der Betriebsrat des AWO Kreisverbands FFM (v.l.n.r.): Georgios Comsis, Christoph Opitz, Anna Meixner. Vorne: Andrea Schuster, Hanna Bagus, Lena Landrock und Christiane Heinz. Nicht abgebildet sind: Jale Atmaca, Thore Detsch.

eigenen Reihen. Die Anforderungen an die Rolle der Vorgesetzten sind vielfältig. Wichtige Aufgaben und Herausforderungen müssen gemeistert werden, Entscheidungen sind oft unter Zeitdruck zu treffen und auch Konflikte zu managen.“ So manche Konflikte entstehen wegen der Dienstpläne. „Wir sehen einen Dienstplan

als Freizeitplan an“, erklärt Heinz.

„Jede Änderung ist ein Eingriff in die Privatsphäre. Wir möchten das Bewusstsein wecken, dass die Gestaltung des Dienstplans eine Form von Personalmanagement und Personalpflege ist.“ Der Betriebsrat ist deswegen im Gespräch mit der Geschäftsführung,

um spezielle Workshops und Seminare zu ermöglichen.

PSYCHISCHEN BELASTUNGEN AUF DER SPUR

Im Zeitalter des Stresses sind psychische Belastungen der Mitarbeiter auch bei der AWO ein großes Thema. „Hier stehen wir

mit dem Betriebsrat erst am Anfang“, sagt Christiane Heinz. „Wir brauchen Unterstützung von Fachleuten, um die psychischen Belastungen der Kollegen erfassen zu können – natürlich anonym. Erst danach kann man über Lösungen nachdenken“, erklärt Christoph Opitz. „Das ist eine größere Sache und muss noch in allen Gremien besprochen werden.“

DER BETRIEBSRAT LÄDT NEUE MITGLIEDER ZUR WAHL EIN!

Im nächsten Jahr stehen die Wahlen zum Betriebsrat des Kreisverbands an. Die jetzigen Betriebsräte laden alle engagierten Kolleginnen und Kollegen ein, sich zur Wahl aufzustellen. „Das Interesse, dass wir hier einen Betriebsrat haben, ist sehr groß“, berichtet Christoph Opitz. „Wir wünschten uns, dass das Interesse im Betriebsrat aktiv mitzumachen, genauso groß wäre. Wir laden alle Interessierten ein, Kontakt mit uns aufzunehmen. Wir geben gerne Auskunft über die Aufgaben.“

Martina Scheer



Betriebsrat des AWO Kreisverbands
Tel: 069 / 29 89 01 58
betriebsrat@awo-frankfurt.de

Die Basis spricht mit

Wenn Aleksandar Harazim mit seinem Rollstuhl im August-Stunz-Zentrum unterwegs ist, sucht er das Gespräch und hat immer ein offenes Ohr für seine Mitbewohner. Deren Anliegen trägt der 1. Vorsitzende in der nächsten Sitzung des Einrichtungsbeirats vor. Im Eingangsbereich des August-Stunz-Zentrums hängen außerdem Fotos der sieben Mitglieder des Einrichtungsbeirats aus – mit Kontaktmöglichkeiten für die Bewohner.

Der siebenköpfige Einrichtungsbeirat vertritt die Interessen der mehr als 200 Bewohner der Altenpflegeeinrichtung und wird alle zwei Jahre neu von ihnen gewählt. An seinen monatlichen Sitzungen nimmt jeweils die Zentrumsleitung teil sowie Vertreter aller Abteilungen des Hauses. Dazu gehören die Pflege, die Hauswirtschaft und Küche,

die Haustechnik und der Sozialdienst. Hier werden alle Probleme besprochen und man findet in der Regel gute Lösungen. Zudem berichtet die Zentrumsleitung über Neuerungen und gibt Veranstaltungen bekannt.

Auf die Frage, wo der Schuh drückt, antwortet Harazim: „Das Wichtigste ist das Essen. Wenn man früh aufsteht hört man schon als erstes, was gibt es heute zu Mittag?“ Unterm Strich sind die Bewohner des August-Stunz-Zentrums jedoch mit dem reichhaltigen Essensangebot zufrieden: „Wenn es Klagen gibt, geht es meistens um Geschmacksfragen“, so Harazim. Dafür hat das August-Stunz-Zentrum den monatlichen Küchentalk eingeführt, bei dem die Bewohner ihre persönlichen kulinarischen Wünsche einbringen können.

Ein weiteres Thema ist die Hygiene. Ab und an gibt es Klagen, dass bei der täglichen Sichtreinigung etwa ein Kaffeefleck auf dem Boden übersehen wurde. Auch kam es in Ausnahmefällen schon vor, dass für die erkrankte Kassiererin keine Vertretung einspringen konnte und Bewohner zu den Kassenzeiten am Dienstag

oder Donnerstag kein Bargeld für ihre Einkäufe holen konnten. Die Vertretungsregelung wurde entsprechend optimiert. „Im Haus ist eigentlich eine gute Stimmung, es gibt keine ernsthaften Probleme“, berichtet Harazim.

Von Seiten des Sozialdienstes unterstützt Nicole Weinzierl die Arbeit des Einrichtungsbeirats. Zudem kommt alle drei Monate der Arbeitskreis Regionalgruppe der Einrichtungsbeiräte zusammen. Er wird vom Hessischen Amt für Versorgung und Soziales Frankfurt am Main, Betreuungs- und Pflegeaufsicht organisiert.

Aleksandar Harazim wohnt seit fünf Jahren im August-Stunz-Zentrum. Kontaktfreudig wie er ist, wurde er nach kurzer Zeit für den Einrichtungsbeirat vorgeschlagen und in den Vorsitz gewählt. Im Sommer stehen Neuwahlen ins Haus und es bestehen keine Zweifel, dass sich der gebürtige Kroatier wieder zur Wahl stellen wird.

Martina Scheer



Sabine Kunz
Zentrumsleiterin August-Stunz-Zentrum
Tel. 069 / 40504-123
sabine.kunz.asz@awo-frankfurt.de

Aleksandar Harazim ist begeisterter Einrichtungsbeirat; Nicole Weinzierl unterstützt dessen Arbeit.

Jugendarbeit im virtuellen Zeitalter

Das Zeitalter von Smartphone & Co. verändert unsere Gesellschaft: Viele Begegnungen finden virtuell in sozialen Netzwerken statt und eine Informationsflut aus teils fraglichen Quellen wirkt auf unsere Meinungsbildungsprozesse ein. Besonders Jugendliche brauchen Unterstützung beim bewussteren Umgang mit den neuen Medien. Ayse Dalhoff und Bernhard Frenzel haben diese Entwicklungen in das Konzept der Aufsuchenden Jugendarbeit des Jugendladens Rödelheim integriert.

VON DER STRASSE IN DEN VIRTUELLEN RAUM

Beispiel Rödelheim: Während noch vor ein paar Jahren die Jugendlichen ganz real in Cliques an verschiedenen Treffpunkten ihre Zeit verbrachten, verabreden sich heute immer mehr junge Menschen lieber in sozialen Netzwerken. Logische Konsequenz: Trifft man die jungen Leute nicht mehr auf der Straße an, muss man sie im virtuellen Raum aufsuchen. Damit erweitert sich die klassische Aufsuchende Jugendarbeit, kurz „Streetwork“, um die „Virtuell Aufsuchende Jugendarbeit“. Sein dergestalt neues pädagogisches Konzept hat der Jugendladen bereits dem Jugend- und Sozialamt sowie den wichtigen Stadtteilgremien vorgestellt.

Die Angebote des Jugendladens Rödelheim, deren Fokus unter anderem auf der Berufsorientierung und Intensivberatung für junge Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren liegen, werden jetzt über soziale Netzwerke bekannt gemacht. Die Pädagogin Ayse Dalhoff und der Sozialarbeiter Bernhard Frenzel haben sich fortgebildet und klären junge Menschen in persönlichen Berufsberatungsgesprächen auch darüber auf, welche Tücken in ihren Smartphones lauern.

BERUFSCHANCEN UND SOZIALE NETZWERKE

Der digitale Fußabdruck im Web dient immer mehr Personalabteilungen in Unternehmen als wichtige Entscheidungsgrundlage, ob ein Bewerber eine Chance auf einen Ausbildungsplatz erhält oder nicht. „Den meisten Jugendlichen ist das nicht bewusst“, weiß Ayse Dalhoff. Darum beraten sie und ihr Kollege Bernhard Frenzel Jugendliche verstärkt im Hinblick auf ihre Präsenz in Facebook, Snapchat oder WhatsApp. „Alles was in sozialen Netzwerken gepostet wird, kann Konsequenzen für die Berufschancen haben“, sagt Frenzel. Wenn der Sozialarbeiter an der Michael-Ende-Schule in Rödelheim seinen Impuls-Vortrag zum „Digitalen Ich“

hält, lauschen die Hauptschüler wie gebannt und der Applaus ist ihm sicher.

ERMUTIGUNG ZUM „OFF“

Das Team des Jugendladens erforscht mit Fragebögen das Medienverhalten von Jugendlichen

um herauszufinden, womit sie sich aktuell beschäftigen. Daraus können sich neue Projekte wie etwa „Smartphone und Datenschutz“ entwickeln. Oftmals zeigt sich, dass Jugendliche gestresst und unter Druck sind, weil sie meinen, immer „on“ – sprich erreichbar – sein zu müssen. „Die meisten Jugendlichen schaffen es nicht, sich abzugrenzen“, weiß Ayse Dalhoff. „Fragt man, warum sie das machen, stößt das einen Bewusstwerdungsprozess an.“

MEINUNGSBILDUNG IM MEDIALEN WIRRWARR

Der Umgang mit Nachrichten wird immer schwieriger – besonders für Jugendliche, weil sie häufig als einzige Informationsquelle das Smartphone nutzen. Fakten, Meinungen, Populismus und gezielte

„Demokratische Meinungsbildung setzt voraus, dass man sich aus seriösen Quellen gut und breit gefächert informieren kann.“

Bernhard Frenzel



Ayse Dalhoff und Bernhard Frenzel vom Jugendladen Rödelheim reflektieren mit Jugendlichen deren Umgang mit Smartphone & Co.

Falschmeldungen (Fake-News) mischen sich im Internet zu einem undefinierbaren Gemenge.

„Im Zeitalter des Populismus und gezielter Falschmeldungen besteht ein wichtiger Teil unserer pädagogischen Arbeit darin, die Jugendlichen aufzuklären und sie darin zu unterstützen, diese Prinzipien zu erkennen und stärker zu hinterfragen“, erklärt Frenzel. „Wir regen sie dazu an, das eigene Medienverhalten zu reflektieren. Dabei ist es wichtig, ihre Selbstbestimmung und Partizipation zu fördern“, ergänzt Ayse Dalhoff. „Wir befinden uns gerade in einem großen Umbruch und können kaum einschätzen, wie sich die Jugendlichen unter diesen Einflüssen in ihrem sozialen Zusammenleben, ihren Normen und Werten entwickeln. Die Eltern, die Politik, die Schulen und der ganze soziale Bereich müssen darauf reagieren können.“

VERMITTLUNG GEFLÜCHTETER JUGENDLICHER IN DEN BERUF

Von der Berufsberatung und umfassender Unterstützung auf dem Weg von der Schule ins Berufsleben, über allgemeine Lebensberatung bis hin zu Kriseninterventionen ist der Jugendladen in seiner pädagogischen Arbeit gut aufgestellt. Jetzt hat er einen weiteren Bereich etabliert.

Verschiedene soziale Institutionen haben in den letzten Jahren Einrichtungen für geflüchtete Menschen in Rödelheim eröffnet. Das Jugendladen-Team reagierte im Rahmen der Aufsuchenden Jugendarbeit auf diese neue Entwicklung und weist inzwischen große Erfolge bei der Beratung geflüchteter Jugendlicher auf.

Etlichen jungen Geflüchteten konnte bereits ein Praktikum in einem Unternehmen vermittelt werden. Und vielen von ihnen wurde dort ein Ausbildungsplatz angeboten. „Die Jugendlichen mit Fluchthintergrund sind hoch motiviert und leistungsbereit“, sagt Frenzel. „Durch ihre persönliche Geschichte wissen sie einen Ausbildungsplatz sehr zu schätzen.“ Das wird sich früher oder später auf die Lage am Arbeitsmarkt auswirken. „Perspektivisch kann das zu sozialen Spannungen im Stadtteil führen, die wir bei der Streetwork im Blick behalten müssen. Deshalb bleibt die Präsenz im Stadtteil sehr wichtig“, sagt Ayse Dalhoff.

Martina Scheer



Ayse Dalhoff und Bernhard Frenzel
Jugendladen Rödelheim
Tel.: 069 / 7891371
jugendladen@awo-frankfurt.de

Beratung und Begleitung von Neuzugewanderten



Seit Februar 2016 setzen das Diakonische Werk Wiesbaden, die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden und MigraMundi e.V. das Projekt „Aufsuchende und begleitende Beratung von Wohnungslosen und jungen Familien“ in Wiesbaden um. Finanziert wird es aus Mitteln des EHAP (Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen) und der Bundesministerien für Arbeit und Soziales (BMAS) und Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Das EHAP-Projekt fördert die aufsuchende Beratung und Begleitung von Neuzugewanderten aus der EU. Während das Diakonische Werk Wohnungslose beziehungsweise von der Wohnungslosigkeit bedrohte Personen begleitet, bieten dies die Familienbildungsstätte der AWO ge-

meinsam mit MigraMundi für die besonders benachteiligten, neu zugewanderten Familien mit kleinen Kindern (0-7 Jahre) an. Ziel ist, den Zugang für Hilfesuchende zu den bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten des regulären Hilfesystems zu verbessern und damit die Voraussetzung für deren soziale Teilhabe zu schaffen.

Von Februar 2016 bis Januar 2017 fanden insgesamt 934 EHAP-Beratungen in Wiesbaden statt. 683 Beratungen/Vermittlungen von Wohnungslosen an: Migrationsberatung, Wohnungsnothilfe, Teestube, Heilsarmee, Frauenhaus, Sozialpsychiatrischer Dienst oder die Schuldnerberatung. 251 Beratungen/Vermittlungen gab es für Familien mit kleinen Kindern an: Kinder-

tagesstätten, Grundschulen, SKF Schwangerschaftsberatung und Anzientreff, Pro Familie Schwangerschaftsuntersuchung, KiEZ-Angebote sowie u. a. Sprachkurse.

Die größte Zahl der Ratsuchenden stammte aus Bulgarien (40%), gefolgt von Menschen aus Rumänien (32%) und Polen (8%). Insgesamt nahmen 619 Männer (66%) und 315 Frauen (34%) Beratung in Anspruch. Bei einem Empfang im Rathaus Anfang März präsentierten die Projektträger die ersten Arbeitsergebnisse des EHAP-Projektes für Kooperationspartner, Kollegen und Interessierte.

AWO Wiesbaden



Hannelore Richter
Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden e. V., Tel.: 0611 / 953 19 61, h.richter@awo-wiesbaden.de

Rückblick auf eine Dekade AWO Jugendarbeit

Mehr als zehn Jahre begleitete Helmut-Armin Hladjk als Fachberater die Jugendabteilung des AWO Kreisverbands Frankfurt. Mitte des Jahres geht er, sein Ziel ist erreicht: Die AWO ist mit ihren Jugendeinrichtungen konzeptionell gut positioniert und bei Abteilungsleiterin Sandra Agel liegt die Jugendarbeit in besten Händen.

„Die AWO Jugendeinrichtungen machten auch schon vor zehn Jahren eine ordentliche Arbeit, aber bei den städtischen Entscheidungsträgern hatten sie ihr Licht unter den Scheffel gestellt“, erinnert sich Helmut-Armin Hladjk an seine erste Zeit als Fachberater. Der ehemalige Jugendhilfeplaner der Stadt Frankfurt weiß, worauf die Ämter achten. Er konzipierte die Sachberichte, entwickelte mit den Teams Präsentationen und coachte die Mitarbeiter dabei, ihre Leistungen besser zu vermitteln. Viele Gespräche mit dem Jugendamt und anderen städtischen Gremien waren anfangs nötig, um die AWO als Leistungsträger in der Jugendarbeit zu positionieren.

„Ziel war immer, eine für die Nutzer aktuelle Jugendarbeit zu entwickeln. Offene Jugendarbeit ist nicht statisch, sie ist ein Prozess“, erklärt Hladjk. „Die jugendlichen Nutzer und das soziale Umfeld bestimmen die Angebote.“ So verwundert es nicht, dass sich jede AWO Jugendeinrichtung einzigartig entwickelt.

KOOPERATION, DIE ZWEI WELTEN VERBINDET

Gerne erinnert sich Helmut-Armin Hladjk an die erste Präsentation: 2011 zeigte er mit der AWO Geschäftsführung dem Jugendamt die Arbeit des Jugendhauses Frankfurter Bogen und des Jugendclubs Preungesheim, wodurch alle Beteiligten erstmals einen aktuellen Einblick in die dort geleistete pädagogische Arbeit erhielten. Die Jugendzentren liegen nahe beieinander, sind aber im Frankfurter Bogen und der Karl-Kirchner-Siedlung in sehr unterschiedliche Sozialräume eingebunden. Dennoch erreichten die Teams eine Verbindung beider Häuser; die Jugendlichen besuchen flexibel das eine oder andere Jugendzentrum. Laut Sandra Agel, Leiterin der Jugendabteilung,

ist die Identifikation der Jugendlichen mit beiden Jugendhäusern hoch und steht unter dem Motto: „Ich bin AWO“.

INKLUSION, DIE STARK MACHT

„Die Jugend ist die Brücke zum Zeitgeist. Durch Partizipation fördert die Offene Kinder- und Jugendarbeit die Entwicklung von Mündigkeit, Entscheidungsfähigkeit und zur Mitbestimmung.“

Helmut-Armin Hladjk

Einen Erfolg verbuchte Hladjk, nachdem das Stadtschulamt der AWO mitteilte, das Konzept der Sozialarbeiter an der ERS II „Gemeinsamer Unterricht für behinderte und nicht behinderte Kinder“ auf den Ansatz „Inklusion“ umzustellen. Mit den Kollegen an der ERS II entwickelte er das Konzept der „Sozialpädagogischen Begleitung der integrativen Klassen in der ERS II“, das Früchte trug: Das Team erhielt 2013 die Zusage, das Projekt für fünf weitere Jahre fortzuführen. Heute zeigt sich das Stadtschulamt von den Arbeitsinhalten beeindruckt, nehmen doch Rollstuhlfahrer am Segeltörn ihrer Schulklasse teil und Autisten sausen mit ihren Mitschülern die Ski-Piste herunter.

Auch für den Jugendladen Rödelheim leistete Hladjk Überzeugungsarbeit bei den städtischen Stellen. Als Einrichtung der Aufsuchenden Sozialarbeit mit einer niedrigschwelligen Beratung ist die „Intensivberatung“ für die persönliche und berufliche Entwicklung der jugendlichen Nutzer zu einem Schwerpunkt geworden. Der hohe Anteil der Beratungsstunden pro Jugendlichen zusammen mit den Erfolgsquoten überzeugte das Jugendamt vom Wert der Arbeit des Jugendladens.

DYNAMIK, DIE ERNEUERT

Der Sozialraum rund um das

Jugendzentrum Gallus ist dynamisch und schafft immer wieder neue Bedingungen, denen die Jugendarbeit entsprechen muss. Übergriffe von jugendlichen Salafisten führten 2014 zu einer kurzen

Schließung des Hauses, der eine erfolgreiche Neuausrichtung mit Angeboten für eine jüngere Klientel folgte. Eine Belastung stellt der seit Jahren geplante Abriss des Gebäudes dar, weswegen Hladjk schon viele Gespräche führte. Die Planungen über die Zukunft des Hauses stocken bis heute.

Das genaue Gegenstück dazu bildet, so Hladjk, der Jugendtreff Hausen: „Die Kollegen gehen hier einen homogenen Weg.“ Nach dem Neubau des Hauses vor sechs Jahren entschieden sie sich für ein Musik-Jugendhaus mit Musikprojekten und Konzerten. Zweites beliebtes Standbein ist das erlebnispädagogische Sportangebot.

„WIR HABEN ALLES PROBIERT, ABER ES SOLLTE NICHT SEIN“

Die Jugendabteilung durchlebte in dieser Zeit auch Niederlagen. Die von der Schule und dem Schulamt hoch gelobte Schulsozialarbeit in der Paul-Hindemith-Schule musste aus finanziellen Gründen an einen anderen Träger übergeben werden. Zuvor hatte das Team mit Hladjk und dem aktuellen pädagogischen Konzept beim Jugendhilfeausschuss die Förderung für eine weitere Planstelle erreicht, die letztlich nicht zum Tragen kam. Auch vom Teenieclub Praunheim musste sich die AWO trotz vieler Bemühungen verabschieden – wiederum aus finanziellen Gründen. Die Jugendarbeit in einem Gebäude mit zwei Etagen ließ sich nicht mit einer Planstelle für 1,5 Mitarbeiter vereinbaren.

„Die AWO hat eine lange Tradition der Jugendarbeit. Ich finde es gut, dass ich zur weiteren Entwicklung der Jugendarbeit in der AWO erfolgreich beitragen konnte“, erklärt Hladjk. „Es war eine spannende Zeit – kurvenreich, geprägt von Höhen und Tiefen –, die ich nicht missen möchte.“

Martina Scheer



Sandra Agel
Abteilungsleiterin Jugend
Tel.: 069/298901 631
sandra.agel@awo-frankfurt.de



SENIORENGERECHT & Barrierefrei
Naturpark Spessart zwischen Bad Orb & Lohr.
Hallenbad 30°, Sauna, Dampfbad, Infrarot, Lift,
Kegelbahn-Livemusik-Panoramalage-Terrasse

Urlaub in Franken, staatl. anerkt. Erholungsort. 90 km Wanderv., alle Zi. Du/WC/LCD-TV/Fön/Safe/W-Lan, Lift, HP 44.– € EZZ 12 € inkl. Kurtaxe, Livemusik, Grillabende, Gästeprogramm. Rollstuhlförl. Zimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten. **Prospekt anfr.** Tel. 09355-7443, Fax -7300. www.landhotel-spessarttruh.de

Landhotel Spessarttruh, Wiesenerstr. 129, 97833 Frammersbach / Bayern
Abhol- & Rückfahrtservice im Rhein-Maingebiet für 75.– pro Person

FARBENHAUS GALLUS

- Ihr Wunschfarbton
- Tapeten & Bodenbeläge
- Gardinenleisten
- Rollos & Sonnenschutz
- Montageservice
- Bodenverlegung
- Maler- und Lackierarbeiten

Besuchen Sie uns:
Frankenallee 96
Tel.: 069-733957

www.farbenhaus-gallus.de



Helmut-Armin Hladjk begleitete zehn Jahre lang als Berater die Jugendabteilung der AWO FFM.

Für ein frei bestimmtes Leben im Alter

Die Sozialbezirksvorsteherin und Ehrensenatorin des AWO Kreisverbands, Hannelore Mees, macht sich seit 1974 für die Interessen der Senioren im nördlichen Ostend stark. Deren Lebensbedingungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.

Aus unzähligen Gesprächen mit ihren Klienten weiß Hannelore Mees, dass fast alle älteren Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden wohnen bleiben wollen. Doch das wird immer schwieriger. „Das Ostend ist gerade im Umbruch und die Wohnungsnot ist leider sehr groß“, berichtet Mees. „Viele Häuser werden verkauft und die Leute müssen raus. Außerdem reicht das Angebot an Senioren gerechten Wohnungen und betreutem Wohnen im Ostend nicht aus.“ Gut sei der verhältnismäßig große Anteil gemeinnütziger Wohnungen, aber die ohnehin schon hohen Mieten aller anderen Wohnungen kletterten immer weiter nach oben. „Das ist für die vielen Senioren mit einer schmalen Rente ein großes Problem“, äußert sich Mees nachdenklich.

JEDER KANN HILFE IN ANSPRUCH NEHMEN

Hannelore Mees und ihr Team aus fünf Sozialpflegern tun was sie können, um die vielen finanziellen Löcher zu stopfen. „Zum Glück sind die sozialen Einrichtungen in Frankfurt sehr gut und die Stadt bezahlt viel, wenn das Geld fehlt“, sagt sie. „Jeder kann Hilfe für sich in Anspruch nehmen, wenn er sie braucht.“ Die ambulanten Dienste der AWO helfen alten Menschen im Ostend, dass sie möglichst lange

in ihrer Wohnung bleiben können. Darüber ist Hannelore Mees froh: „Wir haben sehr gute Erfahrungen in der Kooperation. Wir kriegen immer eine Rückmeldung über die Verfassung der alten Leute.“

„Für mich ist Demokratie selbstverständlich und beruht auf der Freiheit und Gleichheit aller Menschen.“

Hannelore Mees (seit 1963 Mitglied der SPD)

Auch ihre Beziehung zum August-Stunz-Zentrum ist sehr gut. „Das hier angebotene Frühstück und Mittagessen nehmen gerade Alleinstehende gerne an. Und wenn Menschen pflegebedürftig werden und ins Heim müssen ist es gut, dass sie hier in ihrem Stadtteil bleiben können. Außerdem ist das Haus offen und bietet ein tolles Programm für Senioren an. Im Ostend ist für Senioren ansonsten wenig im Angebot, es gibt hier keine größeren Vereine“, beklagt Mees. Umso wichtiger sei der Zoo, er hat in dem Viertel einen sehr hohen Freizeitwert, gerade für Senioren und Familien mit Kindern.

„KEIN EINGANG, KAUM AUSGANG“

Hannelore Mees kämpfte an vorderster Front dafür, dass der Zoo-Eingang in der Rhönstraße geöffnet bleibt. Ein Netzwerk aus vielen Institutionen, der SPD und dem August-Stunz-Zentrum stellte zwei Demos auf die Beine. Dennoch wurde der Ne-

beneingang 2012 geschlossen. Der Haupteingang ist weit weg und für viele Senioren unerreichbar, so dass sie den beliebten Zoo nicht mehr besuchen können. Jetzt schöpft Hannelore Mees wieder Hoffnung. Die neue Kulturdezernentin Ina Hartwig (SPD) bekundete vor kurzem bei einem Spaziergang mit Vertretern des Ortsbeirats im Ostend, dass sie sich für die Wiedereröffnung des Zoo-Eingangs einsetzen will.

Auch als Sprecherin der Senioren AG Ost der Stadt Frankfurt stellt Hannelore Mees so einiges auf die Beine. Kürzlich fand ein großes Forum in der St. Nicolai-Kirche mit Informationen zum neuen Pflegestärkungsgesetz statt was sehr gut besucht wurde. Mit dem Thema Patienten- und Betreuungsverfügung – zu der sie dringend rät – möchte Hannelore Mees als nächstes in die Öffentlichkeit gehen.

Hannelore Mees begrüßt die Anpassung des Anspruchs auf den Frankfurt Pass, der für die Lebensqualität finanziell schlecht gestellter Senioren so wichtig ist. Was sie nicht versteht: „Warum können Rentner in Frankfurt nicht zu günstigen Preisen die

öffentlichen Verkehrsmittel nutzen? Viele alte Menschen sind vom sozialen Leben abgeschnitten, weil sie sich die teuren Bahnfahrten nicht leisten können.“ Ein Highlight seien hingegen die Tagesfahrten der Stadt Frankfurt, an denen man mit dem Frankfurt Pass kostenlos teilnehmen kann.

Martina Scheer



Ein Leben voll sozialem Engagement: Hannelore Mees beim Gespräch mit der AWO Zeitung.



Hannelore Mees
Sozialbezirksvorsteherin Ostend
Tel. 069 / 49 20 73
phmees@yahoo.de

Demokratie von klein auf



In der Kita Gutleut entscheiden schon die Kleinsten, welche Lieder aus ihrem Liederheft sie singen wollen.

Die Krippenkinder der Kita Gutleut erleben demokratische Verhaltensweisen von Beginn an. Durch entwicklungsangemessene Angebote können die Kleinen selbst ihre Wünsche und Bedürfnisse zur Mitbestimmung kundgeben. Einrichtungsleiterin Cornelia Steinebach und ihre Stellvertreterin Jana Bulkova berichten wie das funktioniert.

PARTIZIPATION DURCH LIEDERHEFTE

In der Kita Gutleut wird gerne gesungen. In morgendlichen Singkreisen und den vier Gruppen ertönen täglich fröhliche Lieder wie „Minimonster“. Den Ton geben die Kleinen an. „Wir brauchen gar nichts mehr sagen, die Kinder bestimmen, welche Lieder sie singen“, erklärt Cornelia Steinebach. Seit dem ersten Sommerfest

2010 gibt es das Liederheft, das die Erzieher erstellen. Die Idee: Unterhaltsame Lieder für die Kinder sammeln und sie immer parat haben. Das kam bei den Kids so gut an, dass sie wie die Erwachsenen selbst blättern wollten. Jedes Lied ist mit Bildern gekennzeichnet, damit die kleinen Sänger es erkennen können.

„Die Kinder sind gleichberechtigt wie Erwachsene und suchen die Lieder selbst aus, was ich für U3-Kinder als eine gute Form der Mitbeteiligung im Alltag halte“, so Cornelia Steinebach. Die Liederhefte stehen für Selbstinitiative und Partizipation nach demokratischem Grundverständnis. So kommt es vor, dass sich Kinder alleine zusammensetzen und ohne die Erzieher singen. „Die Gruppendynamik wird dadurch gefördert und auch die El-

tern freuen sich, dass die Kinder Spaß am Singen haben“, berichtet Jana Bulkova.

Auch bei den Mahlzeiten entscheiden die Kleinen mit. Jedes Kind nimmt sich selbst das Essen auf den Teller und sucht alleine aus, was und wieviel es essen mag. Die Erzieher achten darauf, dass es beim Essen gerecht zu geht und jedes Kind gleich viel bekommt. Das fördert das soziale Verhalten und die Kinder beginnen zu verinnerlichen, dass sie nicht alleine am Tisch sitzen. „Die Kinder verstehen, dass sie ernst genommen werden und ihre Entscheidung akzeptiert wird“, verdeutlicht Cornelia Steinebach. Aufforderungen formulieren die Pädagogen immer spielerisch und ohne Druck.

KINDER BRAUCHEN ZEIT

Den Entwicklungsstand des Kindes im Blick zu haben ist eine wichtige Aufgabe der Pädagogen und Eltern. „Die Bildungsanforderung ist, dass ich dem Kind Zeit zum Überlegen gebe, welche Entscheidung es treffen wird – sei es beim Essen, Schlafen, Spielen oder Singen“, betont Cornelia Steinebach. „Wir möchten die Kinder nicht durch den Alltag schieben. Natürlich müssen wir auch die Zeit und Bedürfnisse der Kinder im Blick behalten und gestalten Übergänge spielerisch“, erklärt Jana Bulkova. Wenn die Kinder am Esstisch etwa mit Quark oder Getränken experimentieren, ist das für Pädagogen ein Zeichen, vermehrt Angebote mit Fingerfarben, Ton oder ähnlichen Materialien zu gestalten.

„Viele vergessen, dass Kinder mit allen Sinnen lernen und die Eltern wissen, dass die Kleinen viel bei uns ausprobieren dürfen“, so Cornelia Steinebach.

EINBEZIEHUNG DER ELTERN

Auch die Eltern der Krippenkinder haben das Recht, ihre Wünsche und Interessen zu äußern. In der Kita Gutleut wird jährlich ein neuer Elternbeirat demokratisch gewählt. Zwei auserwählte Vertreter aus jeder Gruppe vernetzen sich mit den restlichen Eltern der Gruppe. So sammeln die Eltern pädagogische oder organisatorische Fragen und Themen, die in die Tagesordnung und die Gestaltung der Elternabende einfließen. Bei regelmäßigen Entwicklungsgesprächen besprechen sie ihre Fragen oder Sorgen mit den Gruppenleitern. So können das Elternhaus und die Kita die Entwicklungsschritte der Kinder gemeinsam begleiten. „Die Kooperation ist uns sehr wichtig. Vor allem, dass wir uns gegenseitig unterstützen“, erklärt Jana Bulkova. Das gilt auch für die pädagogischen Fachkräfte. In wöchentlichen Teamsitzungen bringen die Erzieher ihre Fragen und Ideen ein.

Elisa Valeva



Cornelia Steinebach
Leiterin AWO Kita Gutleut
Tel.: 069 / 26488864
awo.kita.gutleut@awo-frankfurt.de

AWO Ortsverein Bornheim: Seit über 30 Jahren Ort für Integration

Ein bunter Ostertisch in frischen Frühlingsfarben empfängt die Besucher der AWO Begegnungsstätte Burgblock in den Wochen vor Ostern. Die Papier-Osterhasen, Karten, Eier, Seifen und vieles mehr haben die Mitglieder des AWO Ortsvereins Bornheim sowie die Kinder aus dem Kinderkeller in der Einrichtung gebastelt.



Führung durch den Kinderkeller: Ursula Happ (Vorsitzende) und Hans-Dietrich Staudacher aus dem Vorstand des AWO Ortsvereins Bornheim.

Der Tisch ist zugleich Symbol für das gelungene Zusammenwirken der Generationen und verschiedenen Kulturen sowie das soziale Engagement, das vom Bornheimer Ortsverein der AWO seit jeher gepflegt wird. Initiatorin dieser Aktion ist dessen erste Vorsitzende, Ursula Happ. Seit 33 Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich für den Ortsverein und in dem von ihr gegründeten und geführten Kinderkeller. Sie scheint energiegeladener wie am ersten Tag: „Es macht mir immer noch Spaß, es darf mich nur keiner bei meiner Arbeit bremsen!“, erklärt die gebürtige Saarländerin energiegeladener.

Der Erlös aus dem Verkauf der Osterartikel kommt der AWO Spendeninitiative „Mein erster Schulranzen“ zugute. „Wir haben vor Kurzem schon 160 Euro auf das AWO Spendenkonto überwiesen“, erklärt der Kassierer Hans-Dietrich Staudacher. Und das Basteln für den ersten Schulranzen von Kindern aus finanziell benachteiligten Familien geht weiter. Als nächstes will Ursula Happ mit den Senioren, Kindern und Müttern Bilder aus Acryl auf die Leinwand bringen und Seidentücher bemalen.

Auch die Gäste und rund 100 Mitglieder des Ortsvereins profitieren von der Bastelaktion. Jeder erhält ein liebevoll verpacktes, kleines Osterpräsent. Für dieses hat Ortsvereinsmitglied Ingrid Kern alle (!)

Papierosterhasen ausgeschnitten, die die Geschenkverpackungen zieren.

GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE FÜR SENIOREN

Heute haben sich in der Begegnungsstätte – wie jeden Montag und Mittwoch – viele Senioren zum Essen eingefunden, das Ursula Happ im Auftrag des AWO Kreisverbands Frankfurt für sie auf die Teller schöpft. Als ich eintreffe sind bereits die Brettspiele ausgepackt, es wird munter geplaudert und die Kreppel für den Nachmittagskaffee stehen bereit. Die AWO Tagesstätte integriert Senioren aus Bornheim und den angrenzenden Stadtteilen und lässt sie am geselligen Leben teilhaben. Der Vorstand des AWO Ortsvereins ist froh, dass er diese Räume nutzen kann und schätzt die gute Kooperation mit Karin Philippi Novak, Betreuerin der AWO Altenwohnanlage.

Frau Bauer aus dem Ortsverein setzt sich neben mich und teilt mir mit, wie froh sie ist, dass sie hierher kommen kann. Sie hat sich gerade für die nächste Busfahrt des AWO Ortsvereins angemeldet. Viele Mitglieder sind schon sehr betagt, weswegen die beliebten Busfahrten nur noch als Tagesausflüge in die nähere Umgebung stattfinden. Alles andere wäre zu anstrengend – für die Mitglieder und die Organisatorin Ursula Happ, die den Tod ihres Stellvertreters Wolfgang Schubert noch nicht so recht überwunden hat. Die beiden waren über 25 Jahre hinweg ein so eingespieltes Team, dass die Kinder des Kinderkellers sie mitunter „Herr und Frau AWO“ nannten.

WOLFGANG SCHUBERT HINTERLÄSST EINE LÜCKE

In Hans-Dietrich Staudacher hat Ursula Happ wieder Unterstützung aus dem fünfköpfigen Vorstand gefunden. Jedoch wohnt der Kassierer in Niedereschbach und ist dadurch nur bedingt präsent. Staudacher fand über Wolfgang Schubert zum Bornheimer Ortsverein, der einen der Computerkurse für Senioren besuchte, die Hans-Dietrich Staudacher ein paar Jahre lang für die AWO im Computerraum des AWO Nordendzentrums anbot. Seit einer Reise mit dem Bornheimer Ortsverein fühlt sich Staudacher hier zugehörig und kümmert sich um die Finanzen. Vor einem Jahr wählte ihn der Vorstand zum Kassierer.

In „Berne'm dem lustigen Dorf“ verbreitet der AWO Ortsverein mit seinem Programm Frohsinn und Geselligkeit. In diesem Jahr stehen acht Tagesfahrten mit dem Bus auf dem Programm. Jetzt am 8. Juni geht es nach Bendorf, am 6. Juli nach Wei-

bersbrunn und Seligenstadt. Außerdem stehen die Darmstädter Mathildenhöhe und der Odenwald auf dem Programm.

DEMOKRATISCH GEWÄHLTES PROGRAMM

Neben saisonalen Festen von Fasching bis Weihnachten gibt es für weitere Unternehmungen etliche Vorschläge für die Mitglieder des AWO Ortsvereins, über die noch abgestimmt wird. Eine Fahrt mit dem Ebbelwei-Express und zum Frankfurter Flughafen sind beschlossene Sache. Besprochen werden noch Besuche etwa einer Kaffeerösterei, des Palmengartens oder des Hanauer Puppenmuseums. Beliebt sind die Besuche bei anderen AWO Ortsvereinen.

Der Montags-Club bietet Raum für Informationsveranstaltungen und Dia-Vorträge.

Der AWO Ortsverein Bornheim trägt die klare Handschrift seiner ersten Vorsitzenden. „Wir betreiben hier seit über 30 Jahren Integration“, sagt Ursula Happ. „Sie haben uns nur noch nicht entdeckt.“ Die Sozialpflegerin und SPD-Frau setzt sich seit jeher in Bornheim für Hilfsbedürftige ein und kämpft für Minderheiten; Diskriminierung ist ihr ein Graus: „Bei uns gehört jeder Mensch dazu, egal woher er kommt, da machen wir keine Unterschiede.“

So pflegt sie etwa Kontakt zu Roma-Frauen und ist für Angehörige aller Religionen

aufgeschlossen. „Im Kinderkeller bin ich die einzige Christin“, sagt sie. Während des Ramadan verkündet die Stimme eines Muezzins aus einer Spieluhr, wann die Kinder und ihre Mütter wieder essen dürfen. In den Kochgruppen geht die leidenschaftliche Köchin gerne auf die kulturellen Anforderungen ein. Und sie genießt die wöchentliche Teestunde mit

arabischen Frauen, die schon als Kinder zu Ursula Happ in den Kinderkeller kamen.

WEHRET DEN ANFÄNGEN

Vor mehr als 30 Jahren malte man Ursula Happ ein Hakenkreuz an die Wohnungstür, weil sie einen jüdischen Senior pflegte. Das steckt ihr bis heute in den Knochen.

Ihre große Angst ist

die Rückkehr der „braunen Säcke“ wie sie sagt. Viel zu oft hört sie wieder an Stammtischen in Bornheimer Gasthäusern rassistische Parolen. Das ruft sie sofort auf den Plan und weckt ihre Zivilcourage. „In der Bekämpfung des Rassismus hat man viel versäumt und verschlafen“, regt sie sich auf. „Hier muss endlich was geschehen. Jeder von uns ist gefragt, dem Rassismus die Stim zu bieten.“

Martina Scheer



Ortsverein Bornheim
Ursula Happ
Tel. 069 / 491905
ou.bornheim@awo-frankfurt.de



Mobil zu jeder Zeit

Für weitere Informationen und zu den Konditionen für Ford, Mazda, Volvo, Hyundai und Subaru Neuwagen, wenden Sie sich gerne an Ihren persönlichen Ansprechpartner Herrn Langbecker.



Stephan Langbecker

Verkauf Neufahrzeuge
Telefon: 069 420987-9268
Mobil: 0173 6111764
s.langbecker
@hessengarage.de

Hessengarage



Riederwald
Am Riederbruch 8
60386 Frankfurt am Main
Tel.: 069 42 09 87-0

Galluswarte
Camberger Str. 21
60327 Frankfurt am Main
Tel.: 069 75 90 05-0

Dreieich/Sprendlingen
Frankfurter Straße 150
63303 Dreieich am Main
Tel.: 06103 50 60-0

Autohaus Hessengarage GmbH
Ein Unternehmen der Emil Frey Gruppe Deutschland

www.hessengarage.de

Verbrauchs- und Emissionswerte (kombiniert) [nach VO (EG) 715/2007 und VO (EG) 692/2008]:
Mazda MX-5 6,9-6,0 l/100 km; CO₂-Emissionen: 161-139 g/km. Effizienzklasse: G-E. Hyundai Veloster 7,1-6,9 l/100 km; CO₂-Emissionen: 165-157 g/km. Effizienzklasse: E-D. Ford Edge 5,9-5,8 l/100 km; CO₂-Emissionen: 152-149 g/km. Effizienzklasse: B-A. Volvo V40 5,9-3,2 l/100 km; CO₂-Emissionen: 137-82 g/km. Effizienzklasse: B-A+.

Distel Apotheke



... einfach gut beraten!

Wächtersbacher Str. 25 | 60386 Frankfurt
Tel.: 069 41 80 10
www.distel-apotheke.info

- Kompetente Beratung
- Milchpumpen- und Babywaagen-Verleih
- Anmessen von Kompressionsstrümpfen
- Blutdruck und Blutzuckermessung
- Kostenlose Lieferung an
- Kunden im Umkreis
- Verblisterung von Arzneimitteln
- Belieferung von Wohnheimen

Rhönstraße 127 | 60385 Frankfurt
Tel.: 069 43 95 20
www.roederberg-apotheke.de

AWO FFM sagt Dankeschön!

NEUE RANZEN FÜR ERSTKLÄSSLER



Mobifair, Verein für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft, verzichtete auf Weihnachtskarten und spendete stattdessen für das AWO Projekt „Mein erster Schulranzen“, durch welches Kinder aus finanziell benachteiligten Familien eine Erstausrüstung für den ersten Schultag erhalten. Wir sagen Dankeschön!

POETRY SLAM VERBINDET JUNG UND ALT



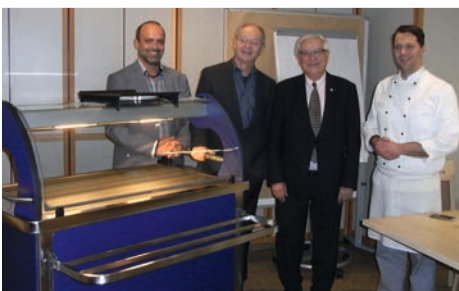
Beim Poetry Slam des namhaften hessischen „Slam-Poeten“ Lars Ruppel begaben sich die Bewohner des August-Stunz-Zentrums auf eine Reise in die Literatur ihrer Zeit. Diese Erfahrung teilten auch Schüler der IGS-Herder, die im Rahmen eines Sozialprojekts teilnahmen und tatkräftig unterstützten. Beim Vortragen alter Gedichte und dem gemeinsamen Singen alter Lieder machten sich große Gefühle breit und alle hatten sichtlich Spaß. Dank der großzügigen Spende des Hessischen Literaturforums im Mousonturm e. V. wurden Brücken geschlagen, Jung und Alt verbunden und Lebenswelten kennen gelernt. **Sophia Chlinos**

SCHREIBTISCHE FÜR GUTES ARBEITEN



Dank einer großzügigen Sachspende der Mövenpick Hotels zogen in die Büros von Mitarbeitern der Schulsozialarbeit der Ernst-Reuter-Schule II und dem Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum neue, helle Schreibtischen ein. Sie passen perfekt in die lichterfüllten Büroräume und tragen zu einem angenehmen Arbeiten und mehr Wohlbefinden bei. **Sophia Chlinos**

ESSENSAUSGABE AN NEUEN STATIONEN



Im Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum wurden dank der Spenden der Otto Georg Dinges Stiftung und der Willy Robert Pitzer Stiftung vier neue Food Service Solution-Stationen angeschafft. Zur offiziellen Übergabe kamen Jürgen Grün (2.v.l.) und Dr. Hans-Jürgen Moog (3.v.l.) von der Dinges-Stiftung. Zentrumsleiter Matthias Rosenberger (li.) und Küchenleiter Josef Schmitt (re.) bedankten sich im Namen aller Bewohner und Mitarbeiter.

Elisa Valeva

FRISCHE FRÜCHTE FÜR DIE KITA HAUSEN



Viele Großstadt-Kinder wissen nicht, woher die Lebensmittel stammen. Um die Verbindung zur Natur und das Bewusstsein für gesunde Ernährung zu wecken, legten die Kindergartenkinder der Kita Hausen einen Obstgarten an. Dieser wurde dank einer Spende der wunder-Stiftung zum Leben erweckt. Gemeinsam ernteten die Kinder die „Früchte ihrer Arbeit“ und lernen, sich innerhalb der Gruppe zu helfen. **Sophia Chlinos**

KATALOG FÜR DIE „MALWEISEN“



Mit einer feierlichen Finissage verabschiedete das August-Stunz-Zentrum Anfang April den Künstler Johannes Westenberger aus dem Atelier. Sein Atelierhinterlassenschaft hinterlässt Spuren im Haus. Viele Werke der „Malweisen“ sind in den zwei Jahren seiner Aktivität entstanden. Dank einer Spende der Dr. Marschner Stiftung konnten diese Ergebnisse in einem schönen Katalog festgehalten werden.

MIT GUTEM BEISPIEL VORAN



Otti Altmann, stellvertretende Vorsitzende des Kreisvorstands der AWO Frankfurt und stellvertretende Vorsitzende der Johanna-Kirchner-Stiftung, hat allen Grund zum Strahlen: Sie verzichtete anlässlich ihres 80. Geburtstags auf Geschenke und bat um Spenden für die AWO. So kam eine wunderbare Spende für die AWO zusammen. Wir sagen großen Dank, alles Gute und weiter so! Foto: Karl Baumruck

Spender im Portrait



Der Stiftungs-Vorstand: Kristina Reuter und Bernd Michael Matt (Vorsitzender).

STIFTUNG MITMENSCHEN DER PSD BANK HESSEN-THÜRINGEN EG

„Wer liest mir Geschichten vor?“ „Wie bewerbe ich mich richtig?“ „Wie gehe ich nach der Schule mit Geld um?“ – bei diesen Fragen und vielem mehr hilft die Stiftung MitMenschen Kindern und Jugendlichen in Hessen und Thüringen, dem Geschäftsgebiet ihrer Stifterin. Seit ihrer Gründung vor zehn Jahren hat es sich die Stiftung der PSD Bank Hessen-Thüringen eG zur Aufgabe gemacht, junge Menschen mit nicht stringenten Lebensläufen zu begleiten, um ihnen eine zweite Chance in unserer Gesellschaft zu geben.

Die Stiftung finanziert sich hauptsächlich durch das Produkt „PSD GewinnSparen“. Pro gekauften Los gehen der Stiftung 0,25 Euro zu. Manche Kunden spenden auch direkt an die Stiftung. Eine Besonderheit der Stiftung MitMenschen ist, dass sich auch Mitarbeiter der Bank ehrenamtlich bei den geförderten Projekten engagieren. Sie helfen etwa beim Aufbau eines Fahrradunterstandes in einem Kinderheim, lesen kleinen Kindern zur Sprachförderung vor oder geben Bewerbertrainings.

In der Stiftung bündelt die PSD Bank Hessen-Thüringen eG ihr soziales Engagement. Die Stiftung MitMenschen prüft genau, für welchen Zweck gespendetes Geld verwendet wird. Dadurch besteht ein besonderes Verständnis für die Projekte und die involvierten Menschen.

Junge Menschen sind die Zukunft unseres Gemeinwesens – das kommuniziert die Stiftung MitMenschen. Wenn sie in Schwierigkeiten geraten hilft die Stiftung, damit sie einen Schulabschluss, eine Ausbildung oder einfach nur ein starkes Selbstbewusstsein erlangen. Damit sieht sich die Stiftung in ihrem Sinn erfüllt.

Die PSD Bank Hessen-Thüringen eG leistet über ihre Stiftung einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Fortentwicklung unserer Gesellschaft in der Zukunft. Die Arbeiterwohlfahrt Frankfurt dankt der Stiftung MitMenschen für die Förderung der Projekte „Lesefüchse“ und „Was kostet das Leben“.

Franziska Nees



Christiane Sattler
Fundraiserin
Tel. 069 / 298901-46
christiane.sattler@awo-frankfurt.de

Menü-Service

Jeden Tag gesund zu Hause essen

Angebot
3 Menüs heiß oder tiefkühlfrisch für nur 9,99 EUR

Hausnotruf-Service

Schnelle Hilfe per Knopfdruck

Angebot
Aufbaumonat und Anschlussgebühr gratis

Tel. 069 19212

Wir helfen hier und jetzt.

K12: Offener Raum für freie Gestaltung



Ahmed Abdelhamed, Ahmed Khalifi und Rami Daa (v.l.n.r.) engagieren sich im Vorstand des AWO Jugendwerks für geflüchtete Jugendliche.

In der „kriegkstr12“ (K12) im Gallus treffen sich Ahmed Abdelhamed, Ahmed Khalifi und Rami Daa. Sie engagieren sich ehrenamtlich im Vorstand des AWO Jugendwerks und haben sich die Unterstützung von jungen Geflüchteten auf die Fahne geschrieben.

Ahmed Abdelhamed (Vorsitzender) und Rami Daa (Kassierer) haben selbst einen Fluchthintergrund; Ahmed Khalifi ist Sozialarbeiter und kennt von daher die Arbeit mit Geflüchteten. Das demokratische Grundverständnis der drei jungen

Männer wird im Gespräch schnell klar. „Das K12 ist ein freier Gestaltungsraum, wir bringen hier Menschen zusammen und machen keine Vorgaben“, betont Khalifi. In diesem Sinne bietet der siebenköpfige Vorstand des K12 seit April einen offenen Treff für junge Geflüchtete an, bei dem sie sich kennen lernen und austauschen können.

PARTIZIPATION STEHT IM ZENTRUM

„Gerade für Jugendliche, die ganz neu in Deutschland angekommen sind, ist

es wichtig, dass sie sich einbringen und demokratisch mitbestimmen können. Die Projekte wollen wir mit ihnen gemeinsam entwickeln und gestalten“, erklärt Abdelhamed. Integration geschieht durch demokratische Partizipation quasi von alleine und braucht keine Vorgaben. Plant man beispielsweise einen Bar-Abend, übernimmt jeder ein Stück Verantwortung und organisiert mit.

„Die Besucher sollen Teil von unserem Team werden“, wünscht sich Khalifi. „Wir brauchen ja auch immer wieder Nachwuchs für den Vorstand.“ Neben der üblichen Klientel von Jugendlichen meist aus dem Gallus kommen inzwischen auch viele Jugendliche aus einer Flüchtlingsunterkunft in der Kriegkstraße ins K12. Außerdem stellt sich das K12-Team mit einem Flyer im Henriette-Fürth-Haus vor, der AWO Flüchtlingsunterkunft im benachbarten Gutleut-Viertel, um weitere Jugendliche einzuladen.

STARHILFE FÜR DEN JOB

Weil ein großer Bedarf an der Vermittlung von Ausbildungsplätzen besteht, will der Vorstand des Jugendwerks Kontakt mit der IHK aufnehmen. Es geht darum Betriebe zu finden, die Auszubildenden ohne Schulabschluss oder mit geringen

Deutschkenntnissen eine Chance geben. In diesem Zusammenhang ist auch eine kleine Ausbildungsmesse im K12 angedacht, um geflüchteten Jugendlichen eine Orientierung zu geben.

Schon in den vergangenen zwei Jahren ist im K12 viel für Geflüchtete gemacht worden. 2015 etwa wurden bei einer „Soli-Party“ 800 Euro für syrische Geflüchtete eingenommen. Das Motto des Abends: Trinken und Tanzen für einen guten Zweck. Im Jahr darauf versorgte ein Team ein Flüchtlingsheim in Neu-Isenburg mit fehlenden Hygieneartikeln.

WWW.KRIEGKSTR12.DE

Das Kulturangebot des K12 für junge Leute kann sich sehen lassen, ein Blick ins Programm lohnt sich. Aktuell basteln etwa Kinder in einem Workshop mit Recycling-Rohstoffen. Ziel ist die Sensibilisierung für Umweltthemen. Bei der Nacht der Museen zeigte das K12 „Der Engel vom Gallus“, ein Film von Schauspielstudierenden der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, zu dem die Künstler eingeladen waren.

Martina Scheer



kontakt@kriegkstr12.de
www.kriegkstr12.de

Seit
1822

www.facebook.com/FrankfurterSparkasse



frankfurter-sparkasse.de

Wenn's um Geld geht.

 Frankfurter
Sparkasse **1822**